

Mit 3 zur Schule

In der früheren Förderung von Kindern liegt das grösste noch nicht ausgeschöpfte Bildungspotenzial.

In den USA können Kids im Alter von drei Jahren in Pre-Schools Lesen und Schreiben lernen, in den Niederlanden beginnt in diesem Alter die Schulpflicht. Noch früher beginnt die französische *École maternelle*; die meisten Zweijährigen besuchen diese Vorschule, ein Jahr später sind es fast alle Kinder.

Ganz anders die Schweiz. In kaum einem anderen Land sind die Kinder bei Schuleintritt so alt wie in der Schweiz. Und in kaum einem anderen Land ist die vorschulische Förderung der Kinder so schlecht ausgebaut.

Die obligatorische Schulzeit in der Schweiz beginnt für die Kinder erst mit sechs bis sieben Jahren. Zuvor können sie während ein bis zwei Jahren den Kindergarten besuchen. Dauert er im Kanton Obwalden nur ein Jahr, werden im Kanton Solothurn die Gemeinden verpflichtet, in den beiden Jahren vor Schuleintritt den Besuch des Kindergartens zu ermöglichen. Ebenfalls freiwillig ist der zweijährige, kantonale *Cycle initial* in der Waadt. Nur im Tessin können die Kinder schon ab drei Jahren die *Scuola dell'infanzia* besuchen.

In der früheren Förderung der Kinder liegt eindeutig das grösste noch nicht ausgeschöpfte Bildungspotenzial der Schweiz. Die heutigen Kinderkrippen, Horte und Kindergärten sind deshalb neu als Lernstätten zu gestalten, in denen Kinder ihren individuellen Fähigkeiten entsprechend ganzheitlich gefördert werden. Dazu gehören explizit auch so genannte schulische Fertigkeiten, denn das junge Gehirn «weiss», wo es seine Ressourcen hat, und versucht, diese optimal auszufüllen. Der Besuch solcher Lernstätten sollte für Kinder ab drei bis vier Jahren obligatorisch sein, damit alle ähnliche Grundlagen und Chancen für die späteren Lernerfolge haben.



Sinkendes «Staatsvertrauen»

Das Vertrauen in die Schweizer Regierung sinkt seit fünf Jahren kontinuierlich.

Laut neusten Daten des GfS (2004) nahm das Vertrauen der Stimmberechtigten in die Regierung über die letzten fünf Jahre von über 50 auf 32 Prozent ab (Durchschnittswerte für ein Jahr). Seit drei Jahren hat dieser Vertrauensverlust auch die Verwaltung erfasst. Gaben 2002 noch 38 Prozent der Stimmberechtigten an, sie hätten Vertrauen in die staatliche Verwaltung, war es Ende 2004 lediglich noch ein Viertel. Politikökonomen wie Thomas Straubhaar («Ökonomik der Reform») und Silvio Borner («Wohlstand ohne Wachstum») deuten

diesen Negativtrend als Wahrnehmung eines Versagens der Institutionen. Dieser pessimistische Befund überrascht, weil die Bürgerinnen und Bürger doch besonders in der Schweiz mehr als anderswo an der Politik teilnehmen. Gerade diese hohe Mobilisierung von Gruppeninteressen schon im Vorfeld von Lösungsansätzen führt jedoch oft zur Blockade beziehungsweise zur Nulllösung, die sich dann als Handlungsunfähigkeit der Regierung manifestiert und in entsprechender Enttäuschung beziehungsweise Vertrauensverlust endet.

1990 – 2000 – 2010

Österreich überholt Schweiz. 1990 erreichte das österreichische BIP kaufkraftbereinigt 76 Prozent, im Jahr 2000 bereits 92 Prozent des schweizerischen BIP. Nimmt man für eine Prognose das mittlere Wachstum der beiden Länder von 1970 bis 2000, wird die Schweiz noch vor 2010 von Österreich überholt werden. Auf einen 400-Meter-Lauf übertragen, heisst das: 1990 war die Schweiz bereits im Ziel, als Österreich bei 305 Metern in die Zielgerade einbog; im Jahr 2000 gewann die Schweiz noch mit 30 Metern Vorsprung; und in der hypothetischen Prognose für 2010 erreicht Österreich bereits 26 Meter vor der Schweiz das Ziel. Das Schlüsselwort lautet «kaufkraftbereinigt». In Österreich liegt das Preisniveau um fast 30 Prozent unter dem schweizerischen, deshalb brauchen Österreicher keine schweizerischen Rekordlöhne, um sich den gleichen Wohlstand leisten zu können.

59 : 34

EU schlägt die Schweiz. Die Liberalisierung des so genannten *Service public* ist in der Schweiz politisch gebremst. Statt Marktöffnung wird Sozial- und Regionalpolitik betrieben, mit einem enormen Liberalisierungsrückstand auf die EU15 als Resultat. Im «Competition Index» der dänischen Wettbewerbsbehörden, berechnet für die Sektoren des *Service public* im Jahr 2003 (Grundlage: Teilindikatoren aus OECD-Daten, andere Datenbanken, eigene Erhebungen), erreicht die EU15 einen Wert von 59, die Schweiz bloss von 34 (Maximalwert: 100). Damit befindet sich die Schweiz am Ende der Rangliste von 26 OECD-Ländern. Kein Wunder, werden in der Schweiz für öffentliche Dienste rekordhohe Preise bezahlt. Beim öffentlichen Verkehr etwa liegt das schweizerische Preisniveau gut 50 Prozent über dem EU15-Mittel. Gleiches gilt für Bildung und Unterricht. Im Gesundheitswesen beträgt die Preisdifferenz zur EU15 sogar rund 70 Prozent.

3,3

Machen Kinder und Schule sesshaft? Offensichtlich. Sehr wenige Kinder zwischen 6 und 15 Jahren wechseln während der obligatorischen Schulzeit den Wohnort, innerhalb von fünf Jahren waren es lediglich 3,3 Prozent, die über eine Kantonsgrenze gezügelt sind. Demgegenüber haben in derselben Zeit 14 Prozent der Personen im Alter von 25 bis 40 Jahren ihren Wohnort in einen anderen Kanton verlegt. Die wenigen von einem Wechsel in einen anderen Kanton betroffenen Kinder stellen für die Schule keinerlei Problem dar. Zwar sind die kantonalen Schulsysteme teilweise recht unterschiedlich, bezüglich ihrer Zielsetzungen bestehen jedoch nur geringe Differenzen, und nur bei einem ganz kleinen Teil der Schüler sind während kurzer Zeit gewisse «Integrationsmassnahmen» angezeigt. Ob die kantonalen Unterschiede der Schulen die Mobilität der Familien einschränken, lässt sich allerdings nicht sagen.